Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Gebr. Arnhold & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Deutschösterreich Ungarn 12.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareillezeile 1.20 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.50 M. ausschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 9 | Dresden, Dienstag den 13. Januar 1920 | 31. Jahrg.

Streikabbruch im Ruhrrevier?

Hoffentlich stimmt's!

Aus Düsseldorf kommt die Nachricht: Die zentrale Streikleitung in Elberfeld hat gestern in den späten Abendstunden die Parole ausgegeben: Nachdem die Regierung hinsichtlich der Forderungen der Arbeiter bestimmte Garantien gegeben habe, wird den Arbeitern empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach Anweisung der Elberfelder Eisenbahndirektion wird den Arbeitern der geforderte Vorschuß von 100 Mark gezahlt werden.

Aus den Streikgebieten

Die skrupellosen Streikapostel, die jedes Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber unserm notleidenden Volke bar, Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin in die Arme treiben und damit den Kohlen- und Nahrungsmittelmangel, Elend und Not zum Dauerzustand machen wollen, lassen nicht locker in dem Bemühen, die Ausstandsbewegung der Eisenbahner immer mehr zu verschärfen und auszudehnen. Der Terror, mit dem sie dabei zu Werke gehen und die Demagogie, mit der sie den Tatsachen Gewalt antun und Leute ohne eigenes Denkvermögen für ihre verbrecherischen Absichten einfangen, sichern ihnen auch immer wieder gewisse Erfolge. Darauf ist es zurückzuführen, daß gestern vormittag eine im Breslauer Zirkusgarten abgehaltene Vertrauensmännerversammlung den Eisenbahnerstreik in ganz Schlesien beschlossen hat, der am Mittwoch beginnen soll. Dagegen gelang es ihnen vorerst nicht, auch die Magdeburger Eisenbahner in den Ausstand zu treiben. Dort wurde in einer außerordentlich stürmischen Versammlung von vielen Rednern der sofortige Eintritt in den Streik gefordert; doch gelang es den besonnenen Elementen, den Streikbeschluß auszusetzen. Es wurde beschlossen, eine Urabstimmung über den Streik in allen Betrieben und Dienststellen des Direktionsbezirks Magdeburg vorzunehmen. Die Abstimmung muß bis zum 14. Januar beendet sein. Mit andern Direktionsbezirken ist sofort zur Herbeiführung einer einheitlichen Aktion in ganz Mitteldeutschland Fühlung genommen worden.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet macht sich noch keine Abschwächung des neuen Streikfiebers bemerkbar. Es hat sogar den Anschein, als gewänne die radikale Strömung unter den streikenden Eisenbahnern, die besonders in Elberfeld und Hagen hervortritt, noch an Boden. Im einzelnen geben wir folgende Meldungen wieder:

Düsseldorf, 12. Januar. Nach einer Verordnung des militärischen Befehlshabers werden Kabarette, Kinos und Bars sowie Spielerlokale gesperrt. Diese Maßnahme ist notwendig, weil nur unter diesen Bedingungen die Streikleitung Kohlen liefert. Die Bedingungen der Streikleitung erfordern auch weiter die Absperrung der gewerblichen Betriebe vom Strombezug. Da werden über 100 000 Arbeiter, die jetzt ohnehin nur 6 Stunden arbeiten, arbeitsmäßige Milderungen zu erreichen war nicht möglich.

Hamm i. Westf., 13. Januar. Seit gestern ruht auch auf dem hiesigen Bahnhof der Verkehr. Auf der Strecke Unna—Hamm—Dortmund usw. verkehrt kein Zug mehr; dagegen trafen von Münster gestern noch einige Züge ein.

Oberhausen, 13. Januar. In Hamborn kam es gestern nachmittag zu großen Plünderungen. Die Plünderer stürmten das Rathaus, bemächtigten sich der Akten, warfen sie auf die Straße und raubten dann die Geschäfte der Jägerstraße aus. Die Unruhen setzten sich später auf Marxloh und Bruckhausen aus. Zwischen den Plünderern und der Polizei kam es zum Feuergefecht. Am Abend war die Ordnung noch nicht wieder hergestellt.

Hannover, 12. Januar. Ueber Hannover sind heute nach Westdeutschland Reichswehrtruppen abgegangen. Nach Meldungen aus Düsseldorf wird die technische Nothilfe frühestens morgen Mittag eingreifen können. Der gesamte Bahnverkehr mit Rheinland und Westfalen stockt.

Essen, 13. Januar. Die Eisenbahndirektion Essen fordert in einer Bekanntmachung alle Eisenbahnbediensteten auf, sich jeder unbefugten Einmischung in den Betrieb und Verkehr der Eisenbahnen zu enthalten und den Dienst an allen Stellen sofort wieder aufzunehmen. Bedienstete, die ihre Arbeit nicht spätestens bis Mittwoch den 14. Januar wieder aufnehmen, sind auf Grund des § 21 der Arbeiterdienstordnung für die preußischen Staatsbahnen entlassen.

Köln, 13. Januar. Die ausständigen Eisenbahner haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Eisenbahndirektion erklären ließ, daß alle Ausständischen, die bis heute die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, aus dem Eisenbahndienst entlassen seien.

Die britische Behörde hat über die Streikgebiete im besetzten Rheinland den Belagerungszustand verhängt. Die Straßen müssen um 6 Uhr abends geräumt sein. Ansammlungen sind verboten. Männliche Personen dürfen die Straßen nur in Abständen von fünf Metern einzeln passieren.

Ueber die furchtbaren Gefahren und drohenden Wirkungen des Eisenbahnerstreiks äußerte sich der Reichsverkehrsminister Bell einem Pressevertreter gegenüber, daß trotz dem bewilligten Stundenlohne von 3,50 M. neue Forderungen aufgestellt worden seien insofern, als der neue Lohnsatz schon vom 1. Oktober 1919 an gelten soll. Der Ernst der Lage bedrohe unser ganzes Wirtschaftsleben. Die Streikenden lüden eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn sie weiter im Ausstand verharren. Schon jetzt machten sich die Folgen des Ausstandes schwer bemerkbar. Selbst nach Beendigung des Streiks würden die schädigenden Wirkungen noch fühlbar sein, da die aufgehäuften Vorräte erst allmählich wieder transportiert werden könnten. — Ueber die bereits fühlbaren Folgen des Streiks liegen noch folgende Meldungen vor:

Berlin, 12. Januar. Mehr als eine halbe Million Tonnen Kohle, die für die Industrie und als Hausbrand bestimmt sind, sind im Essener Bezirk verladen, können aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden.

Dortmund, 12. Januar. Wegen des durch den Eisenbahnerstreik entstandenen Kohlenmangels sieht sich die Direktion der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abteilung Dortmunder Union, veranlaßt, am Montag, mittags 12 Uhr, einen Hochofen und am Dienstag, morgens 6 Uhr, einen zweiten Hochofen auszublasen. Von heute früh 6 Uhr an werden das Thomas-Werk, Walzwerk I und II und andre Abteilungen stillgelegt.

Düsseldorf, 13. Januar. Die Unterbindung des Kohlenversandes rückt die Gefahr der Stillegung der gesamten rheinisch-westfälischen Industrie in unmittelbare Nähe, da heute kein einziges Werk über größere Vorräte verfügt. Auch die Lebensmittelversorgung der Industriebezirke ist schon bedenklich ins Stocken geraten. In vielen Orten des Regierungsbezirks Düsseldorf wird schon in wenigen Tagen kein Mehl zur Brotverbackung vorhanden sein.

Göttingen, 12. Januar. Wegen Mangels an Kohle ist heute das hiesige Elektrizitätswerk und damit die elektrische Lichtversorgung eingestellt. Viele Fabriken liegen still, ebenso können die Zeitungen nicht erscheinen. Man erwartet einige Waggons Kohlen, so daß der Betrieb morgen wieder aufgenommen werden kann.

Ueber den Stand des Eisenbahnerstreiks in Oberschlesien wird gemeldet, daß sich in Ratibor die Lage etwas gebessert hat. Einige Güterzüge sind abgelassen worden. Der Zugverkehr wird aufrechterhalten. In Kattowitz begann die Nothilfe ihre Tätigkeit. Der Schnellzugsverkehr wird aufrechterhalten, ebenso der Personenverkehr. Auch die Rangierabteilung ist nicht gestört. Der Hauptherd der ganzen Bewegung liegt im Beuthener Bezirk. Versammlungen der Eisenbahner finden vormittags in Beuthen bzw. Gleiwitz statt.

•

Sabotage streikender Telegraphenarbeiter

Münster, 12. Januar. Durch Sabotage der Streikenden ist der Telegraphen- und Telephonverkehr im ganzen Industriegebiet erheblich geschädigt worden. Von den maßgebenden Stellen ist einwandfrei festgestellt worden, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Komplott zur Störung des Drahtverkehrs handelt. Die Streikenden haben sich nicht damit begnügt, einzelne Drahtverbindungen zu durchschneiden, sie haben auch an zwei Stellen ganze Kabel mit je 25 Leitungen zerhackt, wodurch naturgemäß Massenstörungen entstanden sind. Die Leitungsaufseher und Telegraphenvorarbeiter, die zur Kategorie der Beamten gehören, sind seit Sonnabend an der Arbeit, die Störungen nach Möglichkeit zu beheben. Von Seiten der Streikenden ist am Sonnabend und Sonntag versucht worden, diese Beamten an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern.

Braunschweig, 13. Januar. Die Telegraphenarbeiter sind in den Streik getreten.

•

Neue Lohnbewegung der Bergarbeiter

Wie aus Waldenburg gemeldet wird, sind im niederschlesischen Bergrevier die Bergleute mit hohen Lohnforderungen hervorgetreten, die nichts weniger als eine Verdoppelung der jetzigen Lohnsätze bedeuten. Sie verlangen rückwirkend ab 1. Januar eine Lohnerhöhung von 100 Prozent sowie eine Beschaffungsbeihilfe von 1000 Mark und für jedes Kind von 200 Mark besonders. Auch die Erhöhung der Witwen- und Invalidenpension wird gefordert. Die Forderungen sollen bis spätestens 15. oder 20. dieses Monats durchgesetzt sein. Eine große Revierkonferenz, die gestern in Gottesberg stattfand, beschäftigte sich mit diesen Forderungen.

Nach einer Meldung aus Essen sind die Zechen Rhein I, Luberg, Wehofen I—V in den Ausstand getreten. Die Forderungen der Ausständigen sind in der Hauptsache politischer Art: Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der in Schutzhaft Befindlichen. Auch Einführung des Sechsstundentages wird gefordert. Im übrigen Ruhrgebiet gärt es ebenfalls. Von radikaler Seite wird auf einen neuen umfangreichen Streik der technischen Angestellten und der Belegschaften hingearbeitet.

•

Streik-Ende auf der Danziger Reichswerft

Danzig, 12. Januar. Der Streik der Angestellten der Reichswerft in Danzig ist beigelegt, nachdem sich im Verlaufe der Verhandlungen die Direktion bereit erklärt hatte, in Beratungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Angestelltenorganisationen einzutreten.

Wer ist schuld?

Das deutsche Volk macht jetzt kritische Tage durch. Unsre Ernährungslage hat sich zugespitzt. Große Streiks bedrohen unser Wirtschaftsleben mit den schwersten Erschütterungen. Die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände steigen von Tag zu Tag. Die Kohlennot bedrückt unser Volk auf das schwerste. Kein Wunder, daß die größte Mißstimmung die Massen unsres Volkes erfüllt. Selbstverständlich fehlt es nicht an Anklägern. Jeder sucht sich einen Sündenbock aus, den er für die Not der Zeit verantwortlich macht. Die Massen in den Städten schimpfen auf die Landwirte und die Landwirte auf die Arbeiterschaft. Und beide zusammen ziehen gegen die Regierung los.

In Wirklichkeit sind es die verschiedensten Ursachen, denen wir unsre Not zu verdanken haben. Es sind auf allen Seiten Fehler gemacht und Unterlassungssünden begangen worden. Es ist kein Zweifel, daß die Habsucht eines Teiles der Landwirte zur Verschärfung unsrer Ernährungsnot beigetragen hat. Viele Landwirte benutzen nur zu gern die ihnen durch den Schleichhandel gegebene Gelegenheit, ihre Produkte zu Wucherpreisen loszuschlagen, und wenn gerade jetzt die Gefahr auftauchte, daß schon in nächster Zeit die Brotversorgung unsrer Großstädte ins Stocken geraten würde, so hängt das zum Teil damit zusammen, daß sehr viele Landwirte ihre Ablieferungspflicht nicht genügend erfüllten. Es ist unbedingt nötig, daß jetzt, nachdem in der Preisfrage den Landwirten erhebliche Zugeständnisse gemacht worden sind, rücksichtslos zugegriffen wird, wo sich Landwirte weigern, ihre Vorräte abzuliefern. Auch die Reichsregierung können wir nicht von der Schuld freisprechen, daß durch ihre Politik die Notlage der Bevölkerung verschärft worden ist. Sie hat es unterlassen, rechtzeitig mit der notwendigen Schärfe gegen Wucher- und Schleichhändlertum vorzugehen. Die Maßnahmen, die sie jetzt gegen die edlen Mitbürger von der Schieberzunft anwenden will, hätten schon vor vielen Monaten getroffen werden müssen.

Besonders der Wirtschaftspolitik des Genossen Schmidt fehlt die nötige Planmäßigkeit. Es sind von unserm Reichswirtschaftsministerium unentschuldbare Sünden begangen worden. Die Freigabe des Hafers war ein Fehler, der jetzt schon die übelsten Folgen für unsre Volksernährung gehabt hat und der noch üblere zeitigen wird, wenn nicht vor der nächsten Ernte feststeht, daß die Freigabe des Hafers wieder aufgehoben wird. Denn sonst würden die Landwirte den Haferanbau auf Kosten des Anbaus von Brotgetreide ausdehnen. Dem Genossen Schmidt fehlt offenbar ein festes Programm. Er hat dem Gedanken des Abbaus der Zwangswirtschaft zu starke Zugeständnisse gemacht. Seine ganze Politik macht den Eindruck eines planlosen Fortwurstelns. Besonders schwer sind die Unterlassungssünden, die sich Genosse Schmidt in der Behandlung der Aus- und Einfuhrfrage zuschulden kommen ließ. Trotzdem von sachverständiger Seite, vor allen Dingen vom Genossen Wissell, in eindringlichster Weise gewarnt worden ist, hat man in geradezu sinnloser Weise die überflüssigsten Dinge nach Deutschland hereingelassen, und das ist zweifellos eine der Ursachen des ungeheuren Tiefstandes der deutschen Mark im Auslande. Die Beschlüsse der Valutakommission lesen sich wie eine große Anklage gegen die Politik des Reichswirtschaftsministeriums. Es ist geradezu ein Trauerspiel, daß eine Kommission, die, abgesehen von dem Unabhängigen Hilferding, aus lauter Angehörigen der bürgerlichen Parteien besteht, einem sozialistischen Minister auseinandersetzen muß, daß eine planmäßige Regelung der Aus- und Einfuhr notwendig ist.

Gewiß sind in der letzten Zeit endlich vom Reichswirtschaftsministerium Maßnahmen zur Kontrolle der Ein- und Ausfuhr unternommen worden, aber dem Außenhandel hätte nicht erst das Maß von Freiheit zugebilligt werden dürfen, das ihm leider vom Wirtschaftsministerium gegeben wurde. Die Maßnahmen, die jetzt ergriffen worden sind, kommen leider zum Teil zu spät, es wird hier der Brunnen zugedeckt, nachdem das Kind ins Wasser gefallen ist. Man muß sich wirklich an den Kopf greifen, wenn man aus den Beschlüssen der Valutakommission erfährt, daß man sogar Wein aus dem Ausland hereingelassen hat. Es ist nicht etwa nur Wein hereingeschmuggelt worden, sondern es ist, wie sich aus den von der Valutakommission angenommenen Leitsätzen ergibt, ausdrücklich von der Regierung die Einführung erheblicher Mengen Wein gestattet worden.

In einer Zeit, wo es an Zahlungsmitteln für die notwendigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe fehlt, erlaubt es das Reichswirtschaftsministerium, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat steht, daß Wein aus dem Ausland eingeführt wird, der sich hier natürlich so teuer stellt, daß ihn nur besonders erfolgreiche Kriegsgewinnler kaufen können. Wir haben schon seit langem die Forderung erhoben, daß die Einfuhr aller irgendwie überflüssigen Erzeugnisse mit allen Mitteln verhindert wird. Leider hat es Monate ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200113/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG